

denken hat, ist bei den Berufungen nicht nur die unabdingbare Fruchtbarkeit als Forscher, sondern auch die überwissenschaftliche Bedeutung der Persönlichkeit besonders zu berücksichtigen.

Die Hochschulpolitik der Bundesrepublik Deutschland leidet in zunehmendem Maß an einer zu großen Zahl wissenschaftspolitisch tätiger Gremien. Die Rückbesinnung auf die Urinstitutionen der Hochschule, die Fakultäten und die Senate, als Partner der Hochschulverwaltungen, ist daher von besonderer Dringlichkeit.

Der Forschung droht durch systematische Zentralisation und Planung große Gefahr. Sie bedarf dringend der Erhaltung und der besonderen Förderung der Individualität und Spontaneität, unabhängig von zentraler Planung. Die gewachsenen Arbeitskreise der Institute und Kliniken sind der beste Hort für diese Individualität, Spontaneität und Freiheit der Forschung. Forschungsförderung bedeutet daher an erster Stelle die systematische Förderung der Institute und Kliniken und deren freier Initiative unter dem Lehrstuhlinhaber durch großzügig gewährte Aversen, Sondermittel für Apparaturen und durch Bereitstellung der Planstellen für differenzierte wissenschaftliche und technische Mitarbeiter.

Der personelle und sachliche Ausbau der Institute und Kliniken ohne zentrale Planung ist die dringendste und am schnellsten zu verwirklichende Förderung der Forschung und der Lehre an den Medizinischen Fakultäten.

Zur Vergegenwärtigung der Lage des deutschen Katholizismus 1933*

ZWEITER TEIL: DER ÜBERGANG IN DEN TOTALITÄREN PARTEISTAAT

ERNST DEUERLEIN

IV.

Über die innerdeutsche Entwicklung vom Frühjahr 1932 bis zum Frühjahr 1933 bemerkte der im Februar 1933 veröffentlichte Mahnruf katholischer Volksverbände: „Was sich seit Mitte März vorigen Jahres (= 1932) in unserem Lande ereignet, ist ein nationales Verderben. Das Volk verwirrt, das Reichsbewußtsein erschüttert, die Kluft zwischen den sozialen Schichten ver-

* Vgl. den ersten Teil: Die Ausgangsposition, in dieser Zschr. 168 (1961) 1ff.

tieft. Haß, Feindschaft und Gewalttat überall — das ist die Lage.“⁶⁵ Deren weithin sichtbares Signum war die seit der Jahreswende 1928/29 rasch angestiegene Massenarbeitslosigkeit. Ende Januar 1932, beim Eintritt in das inzwischen typisierte Schicksalsjahr des Staates von Weimar, waren bei den Arbeitsämtern des Deutschen Reiches 6 041 910 Arbeitssuchende registriert. Die politischen und moralischen Folgen der langandauernden Arbeitslosigkeit erfaßten zwar das ganze Volk, trafen die junge Generation jedoch besonders schwer; sie nahmen keinen Berufsstand aus. Im Jahr 1931 stand hinter jedem zweiten der etwa 300 000 berufstätigen Akademiker ein arbeitsloser Anwärter mit Vollstudium⁶⁶. Auch gegen die Erwähnung dieses Tatbestandes, der für die Republik mehr als ein Alpdruck war, werden neuerdings Bedenken mit der Erklärung angemeldet, seine Apostrophierung sei Ausrede, seine Betonung Fluchhilfe vor den originären Gründen des Versagens des deutschen Volkes. Wer die verheerenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die politische Urteilsbildung und auf die geistige Haltung der Zeitgenossen von 1932 bezweifelt, weil er den nach seiner Meinung oberflächlichen Hinweisen der Politiker mißtraut, ist im Interesse seiner Glaubwürdigkeit verpflichtet, sich mit den Zahlen, mit den Zeugnissen der Literatur vornehmlich der politisch heimatlosen und auch der politisch engagierten Linken und mit den Feststellungen der unvoreingenommenen Publizistik auseinanderzusetzen. Letztere verweist ausnahmslos auf die Fragilität der deutschen Situation. *Franz Lauterjung* nannte anfangs 1932 die deutsche Krise eine strukturelle Krise, „welche im wesentlichen auf die Störungen zurückzuführen ist, die zum großen Teil durch die Erschütterungen der Weltwirtschaft und die politischen Umwälzungen als Folge des Weltkrieges hervorgerufen wurde“⁶⁷. *Theodor Heuss* eröffnete seinen am 7. Januar 1933 publizierten Bericht „Zur politischen Lage“ mit der apodiktischen Bemerkung: „Das Schicksal des Kabinetts Schleicher wird sich daran entscheiden, ob es ihm gelingen wird, des Arbeitslosenproblems Herr zu werden.“⁶⁸ Vermag eine Zeit, die nicht nur die faktische Vollbeschäftigung, sondern den in fast allen Bereichen in Erscheinung tretenden Mangel an Arbeitskräften als Selbstverständlichkeit hinnimmt, zu ermessen, welche Belastung eine andauernde Massenarbeitslosigkeit für ein aus anderen Gründen labiles Staatswesen darstellt? Der Umstand, daß deren Abbau mit Hitlers Rüstungspolitik konfrontiert, verringert nicht den Druck der Arbeitslosen auf die deutsche Lage, deren Hektik durch die Akkumulation von Wählerentscheidungen vergrößert wurde.

„Wollte man die innenpolitische Geschichte des Jahres 1932 schreiben“,

⁶⁵ Gedruckt: *Augsburger Postzeitung* Nr. 41 vom 18. Februar 1933.

⁶⁶ *F. Syrup*, Hundert Jahre Staatliche Sozialpolitik 1839—1939, Stuttgart 1957, 319f.

⁶⁷ *F. Lauterjung*, Wirtschaftskrise, in: *Die Schildgenossen* 12 (1932) 75 ff.; vgl. dazu *W. Simon*, Ursachen der Wirtschaftskrise, in: *Die Schildgenossen* 12 (1932) 361 ff.

⁶⁸ *Th. H.* (= *Theodor Heuß*), Zur politischen Lage, in: *Die Hilfe* 39 (1933) 5 ff.

versicherte *Ferdinand Alois Hermens* in einem im November 1932 veröffentlichten Aufsatz über „Wahlrecht und Verfassungskrise“, „könnte man die Überschrift wählen ‚Wahlen ohne Sinn‘.“ *Hermens* übte scharfe Kritik am Verhältniswahlrecht und wies nach, daß der überraschende Erfolg, den Nationalsozialisten und Kommunisten am 14. September 1930 erzielten, bei Mehrheitswahl nicht möglich gewesen wäre⁶⁹. Der Ausgang dieser Reichstagswahl war eine schwere Erschütterung der ohnehin weit reduzierten Lebenskraft des republikanischen Reiches und markierte eine Stufe ihres Erliegens in Raten; ihm vorausgegangen war der Bruch der Großen Koalition, verursacht durch die Weigerung der Sozialdemokraten, einen die Krise überwindenden finanzpolitischen Kompromißvorschlag *Brünings* zu unterstützen. „Wieder stellte sich“, erklärt *Karl Dietrich Erdmann* in seiner Darstellung „Die Zeit der Weltkriege“, „für die sozialistische Führung die Frage, ob sie sich in ihrer Entscheidung von besonderen sozialpolitischen oder von allgemeinen wirtschaftspolitischen Überlegungen bestimmen lassen wollte. In der entscheidenden Fraktionssitzung setzte sich der Gewerkschaftsstandpunkt durch. In der gleich danach stattfindenden Kabinettsitzung schlug Müller vor, die Frage der Arbeitslosenversicherung zunächst überhaupt zu verschieben und sie aus der Deckungsvorlage für den Reichshaushalt, auf den sich drei Wochen zuvor das Kabinett geeinigt hatte, auszuklammern. Darauf erklärte der der Deutschen Volkspartei zugehörnde Finanzminister Moldenhauer, daß er in diesem Fall zurücktreten werde. Man fand keinen Ausweg mehr; das Gesamtkabinett demissionierte. Der Anlaß für den Rücktritt des Kabinetts stand in keinem Verhältnis zu den furchtbaren Folgen. Es ist in den folgenden Jahren nicht mehr gelungen, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu bilden. Durch den Bruch der Großen Koalition am 27. März 1930 schaltete der deutsche Reichstag sich selbst aus. Damals waren von 491 Abgeordneten nur 12 Nationalsozialisten und 54 Kommunisten. Der Parlamentarismus der Weimarer Republik ist nicht von außen zu Fall gebracht worden. Er ging an sich selber zugrunde, als die Flügelparteien der Großen Koalition nicht mehr die Kraft und den Willen aufbrachten, über den widerstreitenden Interessen der hinter ihnen stehenden Gruppen eine zum Kompromiß fähige und doktrinäre Staatsgesinnung zur Geltung zu bringen.“⁷⁰

Zwischen dem Bruch der Großen Koalition vom 27. März und dem Mene-
tekel der Reichstagswahlen vom 14. September, am 3. August 1930, publizierte *Friedrich Meinecke* in der *Kölnischen Zeitung* unter der Überschrift „Regierung, Parlamentarismus, Staatspartei“ eine Betrachtung, die er mit der Feststellung begann: „Es ist mit dem Reichstag gekommen, wie es einmal kommen mußte. Ein seit langem sich anspinnendes, langsam reifendes

⁶⁹ *F. A. Hermens*, Wahlrecht und Verfassungskrise, in: *Hochland* 30 (1932/33) 1, 97 ff.

⁷⁰ *K. D. Erdmann*, Die Zeit der Weltkriege, in: *B. Gebhardt*, Handbuch der deutschen Geschichte, 8. Aufl., Bd. 4, Stuttgart 1959, 163.

Problem drängt der Lösung entgegen. In der Weimarer Verfassung selbst steckt schon der Ansatzpunkt zu der heutigen Krise. Sie wünschte und wollte den reinen Parlamentarismus, hat aber auf die Warnungen hin, daß dieser in den eigentümlichen deutschen Verhältnissen noch nicht so ganz ideal funktionieren würde, Sicherungen gegen eine Entartung des parlamentarischen Systems eingebaut durch den besonderen Charakter, den sie dem Amt des Reichspräsidenten gab. Jetzt stellt sich heraus, wie nötig diese Sicherungen waren. Sie beginnen zu funktionieren, um das Reichsschiff, das durch die Unfähigkeit der Parteien auf den Sandstrand zu geraten drohte, wieder flott zu machen.“ Im weiteren Verlauf seiner lesenswerten Ausführungen betonte der liberale Historiker die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen: „Es geht um Sein oder Nichtsein des Parlamentarismus im Deutschen Reich. Kommt abermals nun, um mit Dietrich⁷¹ zu reden, ein Interessentenhaufen und keine staatspolitisch denkende Mehrheit aus den Wahlen des 14. September heraus, so sind die Folgen unübersehbar. Man hat Grund zu der Annahme, daß die Regierung Brüning-Dietrich, gestützt von den jetzigen Regierungsparteien, alle Mittel der Verfassung bis zum äußersten ausschöpfen wird, um ihr Programm der Staatsnotwendigkeiten durchzusetzen. Aber man denke sich einmal den Fall, daß sie gegen eine trotz wiederholter Neuwahlen immer weiter anschwellende Mehrheit von Rechtsradikalen, Sozialdemokraten und Kommunisten schließlich doch die Flagge würde streichen müssen. Eine Staatskrise, die in ihrer Schwere fast an die Novemberrevolution heranreichen würde, könnte dann eintreten.“⁷²

Das Votum vom 14. September 1930 bestätigte die Befürchtungen *Meineckes*. Der freiwillig geleistete Offenbarungseid des deutschen Parlamentarismus trug nicht dazu bei, das geringe Vertrauen in diesen zu erhalten oder gar zu vermehren. Die augenscheinliche Unfähigkeit des parlamentarischen Systems begünstigte und beschleunigte die Bemühungen, eine Regierungsform zu entwickeln und zur Anwendung zu bringen, die nach menschlicher Voraussicht in der Lage war, die Not des deutschen Volkes zu steuern. *Brünings* verzweifelt Bestreben, Zeit zu gewinnen für sichtbare Erfolge sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik, die allein noch als geeignet erschienen, ein weiteres Ansteigen des Radikalismus zu verhindern, stieß allenthalben auf Widerstände. Es darf weder übergangen noch verschwiegen werden, daß in Deutschland gegen ihn und seine durchaus nicht aussichtslose Politik antikatholische Emotionen ausgelöst wurden; in der Regel nicht von ernstesten Christen oder einsichtigen Zeitgenossen, denen im Verlauf des Jahres 1931 klar wurde, daß sich *nach Brüning* die Schleusen der Finsternis über Deutschland öffnen. *Reinhold Schneider* notierte in seinem Lebensbericht „Verhüllter Tag“: „An einem dunklen De-

⁷¹ Gemeint ist der demokratische Politiker *Hermann Dietrich*, der den Kabinetten der Reichskanzler *Müller* und *Brüning* (1928—1932) in verschiedenen Ressorts angehörte.

⁷² *F. Meinecke*, Politische Schriften und Reden. Hrsg. und eingeleitet von *G. Kottowski*, Darmstadt 1958 (*Friedrich Meinecke Werke* Bd. II), 435 ff.

zemberabend des Jahres 31 kam ich nach längerer Abwesenheit von Deutschland in Heidelberg an. Ich hatte noch die Lichterfluten von Paris vor Augen und war erschüttert von der Dunkelheit der Straßen, der Ungelöstheit, Gefährlichkeit der inneren Lage, die schon bei den ersten Schritten spürbar war.“⁷³ Die Brüchigkeit der deutschen Situation war auch Gegenstand einer Tagung des erweiterten Zentralkomitees der Deutschen Katholikentage vom 12. bis 14. Januar 1932 in Mainz; diese „sollte sich im Anschluß an die Enzyklika ‚Quadragesimo Anno‘ von 1931 mit der Abwehr der bolschewistischen Gefahr in Deutschland befassen. Unter Hinweis auf die Geschehnisse in Spanien, wo kleine, entschlossene kommunistische Gruppen Kirchen und Klöster in großer Zahl in Brand gesetzt und zerstört hatten, tauchte der Gedanke auf, ob nicht auf katholischer Seite, etwa gestützt auf den Jungmännerbund, eine Art Selbstschutz organisiert werden sollte für den Fall, daß in Deutschland Unruhen aufträten. Auch die Frage eines etwaigen Zusammengehens mit der SA wurde in die Erörterung geworfen. Nachdem viel Feuerwerk geistreich funkelnder und diplomatisch unverbindlicher Reden versprüht war, erhob sich der Fürst (= Alois zu Löwenstein), der die Sitzung leitete, und sagte: ‚Meine Herren, Bürgerkrieg kann man nicht zu dreien führen‘, und setzte sich wieder. Diese Frage war erledigt“⁷⁴ nicht aber die Sorge über die Gefahren, die im Verlauf des Jahres 1932 deutlich hervortraten.

In turbulenten Reichstagssitzungen und in den Auseinandersetzungen der beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl (13. März und 10. April) zeichnete sich eine bürgerkriegsähnliche Verschärfung der innerdeutschen Spannungen ab; diese traten über die Ufer der rechtsstaatlichen Ordnung, als Brüning aus dem Amt des Reichskanzlers schied. Der erzwungene Rücktritt Brünings, dessen Einzelheiten ermittelt und beschrieben sind⁷⁵, ist nicht der Anfang vom Ende, sondern ist das Ende des Staates von Weimar. Jochen Klepper trug dazu in sein Tagebuch ein: „Die letzte Stütze politischen Vertrauens war hin! Alle Wege zur Rettung durch politische Vernunft waren abgeschnitten.“⁷⁶ Die Darstellungen und Analysen über die Agonie der „improvisierten Demokratie“⁷⁷ neigen zwar dazu, Zensuren zu verteilen, versagen sich aber gegenüber der Notwendigkeit, die handelnden Personen ausreichend biographisch zu würdigen. Kann die Politik Brünings losgelöst von der Person Brünings verstanden werden? Über diese sagt Carl J. Burckhardt, sachlich scharf, menschlich mit großem Einfühlungsvermögen ur-

⁷³ R. Schneider, Verhüllter Tag (Herder-Bücherei Bd. 42), 71.

⁷⁴ A. Friese, Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Alois Fürst zu, Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholikentage, 1871–1952, in: Lebensläufe aus Franken, Bd. 6, hrsg. von S. v. Pölnitz, Würzburg 1960, 365 ff.

⁷⁵ K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1957, 481 ff.; Morsey a.a.O. 299 ff.

⁷⁶ J. Klepper, Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942, Stuttgart 1956, 17.

⁷⁷ Th. Eschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, Laupheim 1954.

teilend, in seinem Bericht „Meine Danziger Mission 1937—1939“: „Unter dem ungeheuren Druck der innerdeutschen Atmosphäre hatte Brüning, der am 26. März 1930 das Kanzleramt übernahm, äußerst maßvoll und in keiner Weise mitreißend versucht, wie seine Vorgänger die im Jahre 1918 preisgegebene Staatsautorität mit seinen leisen Mitteln weiterhin zu verstärken, wobei er jeden staatlichen Übergriff in die private Sphäre ablehnte. In seiner Außenpolitik war er viel zurückhaltender als Stresemann. Es hätte im Interesse der Siegermächte gelegen, ihm greifbare Satisfaktionen zu gewähren. Seine außenpolitische Erfolglosigkeit hat seinen Sturz herbeigeführt. Aber auch innerpolitisch wirkten starke Vorurteile konfessioneller Art gegen ihn. Man warf ihm einen zögernden Kurs und eine unentschlossene Wirtschaftspolitik vor. Gerade die äußerste Korrektheit seiner Methoden verstimmte die Ungeduldigen gegen den einstigen Sekretär der christlichen Gewerkschaft.“⁷⁸ In diesem Urteil kommt die Problematik der Kanzlerschaft zum Ausdruck, deren Ende die nationalsozialistische Propaganda mit wildem Freudengeschrei begrüßte, weil sie offensichtlich überzeugt war, daß mit Brüning der letzte Widerstand gegen Hitlers Weg an die Macht gefallen war. Alfred Rosenberg schrieb am 1. Juni 1932 in einem Leitartikel des *Völkischen Beobachters*: „Für das System galt Brüning als Repräsentant der letzten Reserven. Marx und Müller ließ man fallen aus Hoffnung auf Ersatz. Brüning gehörte zum sparsam gesäten Nachwuchs, auf den Schwarz und Rot die größten Hoffnungen setzten. Er wurde hochgelobt zum ‚säkularen Mann‘, und alle Hypnotiseure bemühten sich, die letzte Hoffnung des Systems ins schönste Licht zu stellen.“⁷⁹ Wilhelm Kube triumphierte drei Tage später in der gleichen Zeitung: „Die Taktik Adolf Hitlers der Zentrumsparterie gegenüber hat sich als richtig erwiesen“⁸⁰ und polemisierte im Wahlkampfstil des Jahres 1932 gegen die, wie er sagte, „innige Einheitsfront des Zentrums mit der Sozialdemokratie“⁸¹.

Die nationalsozialistische Propaganda begnügte sich im Sommer 1932 nicht mit hämischer Verhöhnung des deutschen Katholizismus; sie trat mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zum Angriff gegen dessen stark erschütterte Geschlossenheit an. Sie gründete nach dem Vorbild des freilich anders gearteten Exodus aus dem Zentrum unter Martin Spahn⁸² eine „Katholische Vereinigung für nationale Politik“ und errichtete „zur Abwehr des Mißbrauchs der katholischen Kirche, ihrer Einrichtungen und

⁷⁸ C. J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937—1939*, München 1960, 47. Zur Beurteilung Brünings vgl. u. a. Th. Eschenburg, *Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik: Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961) 1 ff.

⁷⁹ *Völkischer Beobachter*, 45. Jg. (1932) Nr. 153 vom 1. Juni 1932.

⁸⁰ Das von A. Krebs, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP*, Stuttgart 1959, 140 ff., berichtete, ihm durch Treviranus mitgeteilte Interesse Brünings an einem Gespräch mit Hitler im Herbst 1930 bedarf weiterer Abstützung; ein solcher Versuch kann nicht als Anbiederung interpretiert werden.

⁸¹ *Völkischer Beobachter*, 45. Jg. (1932) Nr. 155 vom 3. Juni 1932.

⁸² Eine ausreichende Darstellung dieses Vorgangs fehlt; seine Kenntnis ist für die Geschichte des Zentrums in der Weimarer Zeit unerlässlich.

Vereine zu zentrumpolitischen Zwecken“ eine „Abwehrstelle gegen Kirchenmißbrauch“. In einem am 7. Juni vom *Völkischen Beobachter* veröffentlichten Aufruf wurde „allen katholischen Deutschen“ empfohlen: „Wappnet Euch gegen geistliche Beeinflussungsversuche! Unsere zum großen Teil noch dem Zentrum angehörigen Seelsorger haben sich in den letzten 13 Jahren, wie leider meist in der deutschen Geschichte, als schlechte politische Berater erwiesen. Das gilt auch für diejenigen Bischöfe, welche glaubten, dem Zentrum dienen zu sollen. Spart Euer Geld nicht für sogenannte Katholikentage, die nach ihren Rednern Zentrumstage sind, sondern besucht in erster Linie nationale Versammlungen, die Euch über den Entscheidungskampf um Eure und unseres ganzen Volkes Existenz aufklären. Lehnt kirchliche Empfehlungen der sogenannten katholischen Zeitungen, die gleichzeitig Zentrumszeitungen sind, als Mißbrauch der Kirche zu politischen Zwecken schärfstens ab und haltet nationale Zeitungen, damit Ihr vom deutschen Volke nicht weiter geistig abgeschlossen bleibt. Weiht Euch jetzt ganz dem Vaterlande! So erfüllt Ihr praktisch am besten Gottes Willen!“⁸³ Etliche Tage nach der Veröffentlichung dieses Aufrufs belegte der *Völkische Beobachter* die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit der Schlagzeile: „Zentrums-Gewerkschaften im Bunde mit den Marxistischen Bürgerkriegs-Banden“ und bemerkte dazu: „Nicht das Zentrum an sich, das sich als politische Partei bezeichnet, sondern eine auf rein konfessioneller Grundlage stehende Berufsvereinigung stellt sich auf die Seite des Bürgerkriegs-Marxismus gegen die Freiheitsbewegung des deutschen Volkes! D. h. mit voller Absicht belasten die katholischen Arbeitervereine ihre eigene Kirche mit ihrer volksverräterischen Haltung.“⁸⁴ Der Einwand, es handle sich bei diesen Auslassungen um Explikationen eines leidenschaftlichen Wahlkampfes, überzeugt nicht; in einer Rede von dokumentarischem Wert vor dem Bayerischen Landtag gab der Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei, *Anton Pfeiffer*, am 17. Juni 1932 eine umfassende Darstellung des parteioffiziellen Kulturkampfes der NSDAP⁸⁵. Die damit verfolgten Nahziele waren Entfremdung und schließlich Trennung zwischen Episkopat und Geistlichkeit einerseits und Kirchenvolk andererseits, Verwirrung und Einschüchterung der deutschen Katholiken und Gewinnung von Wählern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei. Die wilden Drohungen ließen für den Fall einer Machtergreifung *Hitlers* Schlimmstes befürchten; die Erinnerung an die Gettozeit reichte nicht aus, um die Imponderabilien einer solchen Entwicklung zu artikulieren.

Diese Bedrängnis veranlaßte den Kapuziner *Ingbert Naab* am 19. Juni 1932 in der Wochenzeitung *Der gerade Weg* auf die Frage nach der Stärke einer von ihm für notwendig erachteten Abwehr- und Widerstandsfront zu

⁸³ *Völkischer Beobachter*, 45. Jg. (1932) Nr. 159 vom 7. Juni 1932.

⁸⁴ *Völkischer Beobachter*, 45. Jg. (1932) Nr. 166 vom 14. Juni 1932.

⁸⁵ Stenogr. Berichte des Bayerischen Landtags. Tagung 1932/33, Bd. I (einziger Band), 60—81. Pfeiffer setzte sich mit drei Interpellationen der NSDAP auseinander. Vgl. dazu im gleichen Band S. 15.

antworten: „Die Katholiken bilden ein Drittel der deutschen Bevölkerung. Von diesem Drittel fällt wieder etwa die Hälfte weg. Es ist das die Menge derer, die entweder praktisch mit ihrem Katholizismus gebrochen hat oder die blind und verhetzt sich von jeder Phrase in stärkster Unwissenheit über die Grundsätze ihrer eigenen Religion dahintreiben läßt oder es gehören dazu Leute, die rein wirtschaftlich rechnen und um einiger Mark willen dorthin neigen, wo sie die Sicherung dieser paar Mark zu sehen glaubten, ganz gleich ob es sich um Beamte oder Geschäftsleute handelt. Ganz hoch gerechnet können wir also sagen: Unsere Front wird sicher nicht über ein Sechstel der Bevölkerung Deutschlands erreichen, es sind aber tatsächlich nicht einmal so viele. Die im ‚Evangelischen Volksdienst‘ gesammelten Protestanten sind leider zahlenmäßig so gering, daß sie unsere Front nicht sehr wesentlich verstärken helfen.“⁸⁶ Wenige Monate später, am 26. Februar 1933, gab *Friedrich Muckermann* zu bedenken: „Die Zentrumspartei vertritt nur eine Minderheit im deutschen Volksstaat.“⁸⁷ Die Erwähnung der Stärkeverhältnisse ist geboten, geben doch die zeitgeschichtlichen Schelten an Zentrum und Katholizismus der Vorstellung Raum, diese wären im Besitz zahlenmäßig starker Positionen gewesen.

V

Der Ausgang der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 brachte den Zusammenbruch der politischen Mitte und den Sieg der radikalen Extreme; *Winfried Martini* stellt dazu kommentierend fest: „Von 1930 ab stieg, wieder auf Grund des Volkswillens, die Gruppe derer an, welche die Weimarer Verfassung — wenngleich aus verschiedenen Gründen und mit verschiedenen Zielsetzungen — aufheben wollten: die NSDAP, die DNVP und die KPD. Schließlich erhielten in den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 die NSDAP und die KPD zusammen bereits die absolute Mehrheit mit 51,5%. Rechnet man die Stimmen der DNVP hinzu, dann betrug sie sogar 57,4%: die Hinzurechnung ist zulässig, weil die DNVP mit der NSDAP in der ‚Harzburger Front‘ eine Aktionsgemeinschaft eingegangen war, die sich negativ auf Aufhebung der parlamentarischen Demokratie richtete, auch wenn die Vorstellungen davon, was an ihre Stelle zu setzen sei, voneinander abwichen.“⁸⁸ Diese Wählerentscheidung, nicht nur im deutschen Katholizismus hinsichtlich ihrer Konsequenzen uneinheitlich beurteilt, führte zu Verhandlungen zwischen Zentrum und der NSDAP⁸⁹. Was bedeuten sie? Sind sie taktische Scheinangriffe gegen das von *Papen* geführte, parlamentarisch nicht tolerierte Präsidialkabinett? Sind sie die Anfänge eines Paktierens, diesmal

⁸⁶ Prophetien wider das Dritte Reich. Aus den Schriften des Dr. Fritz Gerlich und des Paters Ingbert Naab O.F.M. Cap.. Gesammelt von J. Steiner, München 1946, 393 f.

⁸⁷ F. Muckermann, Vom Parteiproblem im deutschen Katholizismus, in: *Schönere Zukunft*, VIII. Jg. (1933) Nr. 22 vom 26. Februar 1933.

⁸⁸ W. Martini, Freiheit auf Abruf, Köln 1960, 192.

⁸⁹ Vgl. dazu die eingehende Beschreibung bei *Morsey a.a.O.* 315 ff.

nicht mit dem Sozialismus, sondern mit einem in seiner verbrecherischen Anlage und Neigung nicht erkannten Nationalismus? Sind sie politische Bekehrungsversuche an *Hitler* und seinen Gefolgsleuten? Feststeht, daß die Gespräche zwischen Zentrum und NSDAP wenige Wochen nach dem von den Nationalsozialisten jubelnd begrüßten Sturz *Brünings* schwer verständlich waren und bleiben. Sie spalteten und verwirrten den deutschen Katholizismus, nicht äußerlich, wohl aber in seinen Vorstellungen über die zur Überwindung der Staatskrise erforderlichen Maßnahmen und präjudizierten seine Haltungen und Handlungen im Jahr 1933. Die Auswirkungen der Fühlungnahme waren deren Befürwortern nicht unbekannt. In einem Brief an den Abg. Graf *Galen* vom 5. August 1932 sprach *Josef Joos* „von der heftigen Erregung, die durch unser Wählervolk geht“, versicherte, daß sich das Zentrum weiter an seiner ehrwürdigen Überlieferung orientiert und sagte über die Konsequenzen der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932: „Die Wahlergebnisse verlangen zwar nicht die Diktatur der Nationalsozialistischen Partei, aber ihre Mitverantwortung. Es herrscht also darüber weder bei uns noch in der Bayerischen Volkspartei irgendein Zweifel, daß die Nationalsozialisten in die Regierung müssen. Ich fürchte, sie werden sich sträuben. Es muß im Lande eine Volksstimmung entfacht werden, die es ihnen unmöglich macht, sich der Mitverantwortung zu entziehen. Ich fürchte, das Kabinett Papen könnte in die Versuchung fallen, die Nationalsozialisten wie bisher von der Mitverantwortung zu entbinden. Das wäre unmöglich und würde auf die Dauer im Sinne eines weiteren Anwachsens der nationalsozialistischen Bewegung wirken.“⁹⁰ *Karl Schwend* erläutert — durchaus überzeugend — die Zwangssituation, die zu den von heutigem Standpunkt aus unverständlichen Gesprächen führte: „Da Papen durch die Juli-Wahlen den Weg zum Reichstag nicht gefunden hatte und auch keinerlei Neigung verspürte, aus seiner halbautoritären präsidentiellen Welt zu parlamentarischen Methoden zurückzukehren, war vorauszusehen, daß ihm, wenn er weitermachen wollte, auch jetzt nichts anderes einfallen würde, als sich auch dieses Reichstages durch eine neuerliche Auflösung zu entledigen. Wollte sich das Parlament in einem Anflug letzter Selbstbesinnung dessen erwehren, so bestand hierfür nur eine Möglichkeit. Es mußte vom Reichstag her eine Lösung versucht werden, die dem Reichspräsidenten durch einen Beweis der Arbeitsfähigkeit des Parlaments die Rechte dieses Parlaments und die Grenzen der präsidentiellen Befugnisse in Erinnerung brachte. Dieser Versuch, wollte er überhaupt gewagt werden, schloß für die parlamentarische Mitte einen schmerzlichen Zwang ein. Denn er bedurfte einer Fühlungnahme des Zentrums mit der NSDAP und damit eines Entschlusses zu einem mehr als problematischen Unterfangen. Wie sollte das Parlament mit Hilfe von Leuten gerettet werden, die Parlament und Demokratie systematisch vernichten wollten! Aus dieser Zeitlage sind die vom Standpunkt der spä-

⁹⁰ Gedruckt: *Morsey a.a.O. 424f.*

teren Entwicklung schwer zu verstehenden Gespräche zu beurteilen, die nach dem 13. August bis in die ersten Septembertage von Zentrumsseite mit nationalsozialistischen Politikern geführt wurden, ohne ein Ergebnis zu zeitigen.“⁹¹ Am 8. Oktober veröffentlichte die *Augsburger Postzeitung* die Niederschrift einer Wahlrede des ehemaligen Reichsjustizministers *Erich Emminger*, in der es zu den Gesprächen zwischen Zentrum und NSDAP heißt: „Keine Koalition! Davon war keine Rede. Keine Verteilung der Ministersessel! Das ist Sache des Reichspräsidenten. Aber Zusammenarbeit mit den Nazis? Die uns so bekämpft und die wir so bekämpft haben? Haben wir die internationalen Sozialisten nicht ebenso bekämpft wie die Nationalsozialisten? Kann sich nicht aus dem irregeleiteten Willen des Volkes immer wieder der Zwang erheben, unbeschadet der Gegenstände von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten? In Weltanschauungsfragen kann es keine Kompromisse geben. Aber z. B. in Wirtschaftsfragen? Zusammenarbeit also doch mit den Nazis, die die Diktatur erstreben? Kann ein Wolf in wenigen Tagen sich in ein Lamm verwandeln? Ist nicht höchstes Mißtrauen am Platz? Ganz gewiß. Aber wenn man das Beispiel von Mussolini mit dem Popolari nicht hätte! Aber gerade deshalb muß festgehalten werden, wie weit sie bereit waren, ihre Machtansprüche zu beschränken, wie weit man ihnen Anteil an der Staatsgewalt einräumen könnte, ohne Mißbrauch für ihre Sonderziele befürchten zu müssen. Der sicherlich loyal geführte Versuch ist durch die Auflösung des Reichstags nicht zu Ende gekommen. Die Frage bleibt ungeklärt. Nicht bloß der auch bei uns oft geäußerte Gedanke, die Nationalsozialisten zur Verantwortung heranzuziehen, auch die große Not des Vaterlandes verlangte den Versuch.“⁹² Vor dem Landesparteiausschuß des württembergischen Zentrums versicherte *Eugen Bolz* am 10. Oktober: „Ich kann einen Eid leisten, daß bei uns keine anderen Gesichtspunkte maßgebend waren als: Können wir noch etwas tun, um diese oder eine umgestaltete Regierung über den Winter hinaus zu positiver Arbeit zu bringen und einen innerpolitischen Frieden herzustellen?“⁹³

Es ist nicht zu fragen, ob diese Erklärungen den rückschauenden Betrachter überzeugen, sondern festzustellen, daß die Mehrheit des Zentrums von einer Heranführung der NSDAP an die Regierungsverantwortung vor allem zwei Ergebnisse erwartete, die Mäßigung der Vorstellungen und Forderungen *Hitlers* und die Verhinderung eines weiteren Anwachsens seiner Partei. Der *Regensburger Anzeiger*, das Organ des bayerischen Ministerpräsidenten *Heinrich Held*, versicherte: „Gerade der Nationalsozialismus, der im Rausch der Wirklichkeitsflucht groß geworden ist, bedarf einer starken Ernüchterungsprozedur, ehe er den Anschluß an praktische und sachliche Arbeit im Staatsleben finden kann.“⁹⁴ Dieser Ansicht waren nicht nur die deutschen

⁹¹ K. Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, 484f.

⁹² *Augsburger Postzeitung* Nr. 231 vom 8. Oktober 1932.

⁹³ M. Miller, Eugen Bolz, Stuttgart 1951, 427.

⁹⁴ Zitiert nach: *Augsburger Postzeitung* Nr. 209 vom 13. September 1932.

Parteien und Politiker; am 2. Februar 1933 erklärte die *Boston Evening Transcript* ihren Lesern: „Je mehr Macht in Hitlers Hände übergeht, desto mehr Nüchternheit zieht in seinen Kopf ein.“⁹⁵ Diesen zuversichtlichen Erwartungen standen besorgte Warnungen gegenüber. Fritz Gerlich versah seinen am 11. September 1932 in der Wochenzeitung *Der gerade Weg* veröffentlichten Leitartikel mit der Überschrift „Zentrum und Bayerische Volkspartei vor dem Abgrund“ und führte darin aus: „Wir haben immer von neuem erwogen, ob dieser Politik der Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Hitlerpartei nicht irgendeine Seite abgewonnen werden könnte, die sie vom Standpunkt unserer Weltanschauung aus als erträglich erscheinen ließe. Es war uns gar nicht recht, daß diese Überlegungen — ich spreche hier für die Gesamtedaktion — immer wieder zu dem gleichen Ergebnis führten, diese Politik der Verhandlungen sei weder ihrer Tatsache noch ihrem Ziele nach für uns tragbar ... Das Ergebnis unserer Überlegungen war kurz gesagt das, daß wir die jetzige Politik der Parteiführung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei weder der Logik noch der politischen Erfahrung, noch erst recht den katholischen Grundsätzen nach zu verstehen vermögen.“⁹⁶ Die *Augsburger Postzeitung* wandte sich scharf „gegen den völlig irrigen Naturrechts-Fanatismus Gerlichs“, betonte mit großem Ernst: „Und nur aus dieser zutiefst inneren Verantwortung um das politische Gesamtwohl unseres Volkes, um die verfassungsmäßige Garantie einer praktisch-politischen Gemeinschaftsarbeit gegenüber einer feudalistischen, sozialreaktionären Herrenclub-Regierung sind Zentrum und Bayerische Volkspartei den Weg der Verhandlungen mit den Nationalsozialisten gegangen“ und sprach dem *Geraden Weg* das Recht ab, an Zentrum und Bayerischer Volkspartei Kritik zu üben.⁹⁷ Alle zu diesen Kontakten gemachten Deutungen und Versicherungen reichten nicht aus, um die durch die Gespräche zwischen Zentrum und NSDAP ausgelöste tiefe Unruhe zu beheben. Die *Frankfurter Zeitung* vermerkte in einem Kommentar zur Auflösung des erst am 31. Juli gewählten Reichstags am 12. September: „Vor diesem Wahlkampf graut uns; denn er wird unwirklicher (und leider in mancher Hinsicht unehrlicher) als jeder vorausgegangene sein: der Nationalsozialismus am Arm des Zentrums! Irgend jemand muß grauenvoll lügen (oder sich aber in einer unvorstellbaren Weise geändert haben), wenn eine solche Wahlkombination möglich ist.“⁹⁸ Diese kam nicht zustande; die Fühlungnahme blieb eine Episode, — freilich mit äußeren und inneren Folgen.

Warum werden die Gespräche des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei unterschiedlich beurteilt? Wohl letzthin aus dem Grund, daß die Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus nicht nur weiterging, sondern an Schärfe zunahm. Im Juli 1932 griff Gauleiter

⁹⁵ Zitiert nach: C. C. Tansill, *Die Hintertür zum Kriege*, Düsseldorf 1957, 64f.

⁹⁶ *Prophetien wider das Dritte Reich*, 461ff.

⁹⁷ *Augsburger Postzeitung* Nr. 211 vom 15. September 1932 (Politik der Unvernunft).

⁹⁸ Zitiert nach: *Augsburger Postzeitung* Nr. 212 vom 16. September 1932.

Adolf Wagner den Apostolischen Nuntius in Bayern, *Vassallo di Torregrossa*, scharf an⁹⁹. Auf ihrer Konferenz in Fulda erinnerten die deutschen Bischöfe erneut an ihre Erklärungen und Entscheidungen gegenüber dem Nationalsozialismus¹⁰⁰. Die bayerischen Bischöfe verabschiedeten am 7. September ein „Wort der Anerkennung und der Ermunterung an ihren hochwürdigen Klerus“. Sie betonten ihre Verbundenheit mit den Millionen Volksgenossen, die in bitterer Not schmachten, versicherten, die Rettung aus dieser Not könne nicht gefunden werden im Kommunismus oder Sozialismus, auch nicht in einem überstiegenen Nationalismus, denn „Klassenhaß und Rassenhaß sind unchristlich und unheilvoll“. Wenige Sätze weiter wandten sich die bayerischen Bischöfe gegen den Nationalsozialismus, indem sie versicherten: „Eine wirkliche Freiheitsbewegung hat nichts gemein mit einem Kampf gegen unsere hl. Kirche und ihr Oberhaupt, in dem Kampf gegen die ‚überstaatlichen Mächte‘ verbirgt sich ein neuer ‚Kulturkampf‘ und ein neuer Versuch, durch Gründung einer Nationalkirche die katholische Kirche in Deutschland ins Herz zu treffen.“ Die Bischöfe versicherten: „Wir wollen in diesem Kampf uns nicht weniger stark und treu erweisen, als unsere Väter und Vorgänger im Kulturkampf.“¹⁰¹ Die 71. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Essen (31. August bis 5. September 1932) wandte sich ihrem Thema entsprechend „Christus in der Großstadt“ zwar in erster Linie religiösen Fragen zu, berührte jedoch immer wieder in grundsätzlichen Erwägungen die deutsche Situation¹⁰². Auf einer Veranstaltung der katholischen Arbeiterschaft sprach Erzbischof *Konrad Gröber* über deren Sendung in der Gegenwart. Er sagte, die Sendung gehe sowohl an die kommunistischen als auch an die rechtsradikalen Arbeiter, deren Auffassung in offenbarem Widerspruch mit der katholischen Lehre steht¹⁰³. Die Vorstellung, es sei möglich und der deutsche Katholizismus sei trotz seiner zahlenmäßigen Beschränkung dazu auch fähig, die radikale Rechte zur Mitte hin zu orientieren und zu verpflichten, schlug auch in den Reden und Diskussionsbeiträgen des 13. Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf durch. *Adam Stegerwald* erhob die Forderung nach einem verfassungspolitischen Ausgleich, der weder in Parlamentsdiktatur noch in Regierungs- oder Parteidiktatur bestehen dürfe; Möglichkeiten dazu gebe es für jede Staatsführung, die ein krankes, gequältes und gedemütigtes Volk mit etwas Geduld und Psychologie richtig zu behandeln verstehe¹⁰⁴. Aus diesen Gedanken, Vorstellungen und Hoffnungen formte sich der Ruf zur Sammlung und der Wunsch nach einem überparteilichen Zusammenwirken.

⁹⁹ B. Zittel, Die Vertretung des Hl. Stuhles in München 1785—1934, in: *Der Mönch im Wappen. Aus Geschichte und Gegenwart des katholischen München*, München 1960, 491.

¹⁰⁰ M. Maccarrone, *Il Nazionalsocialismo e la Sante Sede*, Rom 1947, 1.

¹⁰¹ Zitiert nach *Augsburger Postzeitung* Nr. 225 vom 1. Oktober 1932.

¹⁰² 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken zu Essen an der Ruhr 31. Aug. bis 5. Sept. 1932. Hrsg. von der Geschäftsstelle des Lokalkomitees, Essen (1932).

¹⁰³ *Augsburger Postzeitung* Nr. 204 vom 7. September 1932.

¹⁰⁴ *Augsburger Postzeitung* Nr. 216 vom 21. September 1932.

In beiden schwang die Absicht mit, die politischen Voraussetzungen zu schaffen für verfassungsrechtliche Veränderungen, die immer als Verbesserungen gedacht wurden; von diesen wurde die Institutionalisierung der zurückgewonnenen Stabilität Deutschlands erwartet.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November 1932 belebte die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der allgemeinen Krise und gab der Annahme Raum, *Hitlers* Bewegung habe ihre Fluthöhe überschritten und sei im Abnehmen. *Friedrich Funder* hielt über eine Aussprache zwischen österreichischen und bayerischen Politikern am 19. November in Salzburg fest: „Der eingehende Gedankenaustausch galt zunächst der in Deutschland durch die jüngste Entwicklung geschaffenen Lage. Die Darstellung aus bayrischer Sicht war ernst, aber zuversichtlich, jächer überwältigender Ereignisse nicht gewärtig. Um die Person des greisen Reichspräsidenten konzentrierte sich der Kampf um die Macht; die Besorgnis sei, ob Hindenburg, der am Grabesrand stehende alte Mann, den in seiner Nähe nach der Herrschaft greifenden Elementen gewachsen sein werde. Alles werde darauf ankommen, daß die Nachfolgerschaft Hindenburgs in redliche Hände gelangen werde.“¹⁰⁵ Die Formulierung, die Darstellung der deutschen Situation sei „ernst, aber zuversichtlich, jächer überwältigender Ereignisse nicht gewärtig“ ist eine Erklärung der damaligen Mentalität nicht nur des Zentrums und des deutschen Katholizismus, sondern des größeren Teiles der deutschen Politiker und der deutschen Öffentlichkeit in diesem Zeitpunkt. Es ist kein Fingerdeuten auf die andern und kein Versagen vor der gemeinsamen Verantwortung, wenn hinzugefügt wird, daß auch die Mächte „jächer überwältigender Ereignisse“ in Deutschland nicht gewärtig waren. Der Militärattaché der Botschaft der UdSSR in Berlin soll noch am 30. Januar 1933 nach Moskau gemeldet haben, man wisse „aus absolut sicherer Quelle, daß eine Hitlerregierung in absehbarer Zeit nicht in Frage komme“¹⁰⁶. Als das Verhängnis bereits seinen Lauf begonnen hatte, am 8. Februar 1933, schrieb der *Vorwärts*, das Organ der SPD: „Berlin ist nicht Rom. Hitler ist nicht Mussolini. Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches werden. Berlin bleibt rot!“¹⁰⁷

Zwiespältige Empfindungen begleiteten das Ende des Jahres 1932 und den Anfang des Jahres 1933, — eine Zeitspanne, von der *Reinhold Schneider* vermerkt: „Der Winter 32/33 war wie ein Fieber.“¹⁰⁸ In einer Betrachtung auf „Das politische Jahr 1933“ bekannte sich *Gertrud Bäumer* zu den Sammlungsgedanken und zur Fortsetzung der begonnenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit dem Ziel, daß „er Verantwortung übernimmt“ oder „ein klares Ja oder Nein zu den Kernfragen seines eigenen Programms

¹⁰⁵ *F. Funder*, Als Österreich den Sturm bestand, Wien 1957, 91.

¹⁰⁶ *S. Bahne*, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsg. von *E. Matthias und R. Morsey*, Düsseldorf 1960, 689.

¹⁰⁷ Zitiert nach: *E. Matthias*, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsg. von *E. Matthias und R. Morsey*, Düsseldorf 1960, 101.

¹⁰⁸ *Schneider* a.a.O. 78.

spricht“. Über die Parteien führte Frau *Bäumer* aus: „Die alten Parteien sind durch die politische Gesamtlage zur radikalen Revision ihrer Daseinsgrundlagen und ihrer politischen Aufgabe gezwungen. Dies gilt sogar für das Zentrum, das als Partei des politischen Katholizismus zwar eine stabile Gesinnungsbindung hat, die sich durch allen äußeren politischen Wandel bewährt, aber doch auch in der nationalpolitischen Rolle, die ihm heute als ‚Zentrum‘ — als Mitte — zufällt, sehr stark gehemmt ist durch eben diesen konfessionellen Charakter.“¹⁰⁹ Die Verwirklichung dieser dem Zentrum zugedachten und zugewiesenen Aufgabe glaubte *Ludwig Kaas* durch Propagierung des Sammlungsgedankens näherzukommen. In seinem Neujahrsaufwurf schrieb er den in letzter Zeit wiederholt zitierten Satz: „Wer in Deutschland führt, ist an sich herzlich gleichgültig. Wichtig ist nicht, was er ist, sondern was er kann. Ob Generalstreifen ihn zieren oder ob er die Schwielen der Arbeit an den Händen trägt — entscheidend ist nur, wohin er führt und daß am Ende seines Weges der Frieden steht und nicht der Kampf aller gegen alle.“ Wer nur den Satz zitiert: „Wer in Deutschland führt, ist an sich herzlich gleichgültig“ und die in dem nachfolgenden Satz aufgezeigte Zielbestimmung unerwähnt läßt, stellt *Kaas* in die Ahnenreihe des 30. Januar 1933. Der geistliche Vorsitzende des Zentrums wollte den Führer des deutschen Volkes nicht nur auf ein bestimmtes Ziel verpflichtet wissen, er ging dabei auch von der Vorstellung aus: „Eine Selbsttäuschung ist es, wenn irgendeine politische Richtung die Vertretung Deutschlands als ihr Monopol betrachtet, wenn sie den politischen ‚Messias‘ der deutschen Zukunft sich nur aus ihrem Lager hervorgehend denken kann. Woher Deutschland der Retter kommt, weiß Gott allein. Jeder von uns, gleich welcher Konfession und Weltanschauung, welchen Stammes und Standes er sein mag, würde neidlos und dankbar sich dem Führertum dessen beugen, der — durch wahre Größe gekennzeichnet und durch Leistungen beglaubigt — der Gefolgschaftsbereitschaft und der Sehnsucht der Massen Erfüllung bringen kann.“¹¹⁰ Ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß Prälat *Kaas* an einen Führer, an eine starke politische Persönlichkeit, nicht aber an den nachmaligen „Führer und Reichskanzler“ dachte, auch wenn er diesen nicht *expres- sis verbis* ausnahm? Weder die von ihm geführte Partei noch der deutsche Katholizismus haben Anteil an der dem 30. Januar 1933 vorausgegangenen unmittelbaren Entwicklung. *Hitlers* Taktik bei den Verhandlungen mit Zentrum und Bayerischer Volkspartei ließ wenig Gutes erwarten. Für den deutschen Katholizismus kündigte sich eine ähnliche Lage wie im Herbst 1918 an, „ja, die Lage schien noch schwieriger zu sein als 1918/19: das Zentrum hatte während des Krieges trotz aller Gegensätzlichkeit gute Beziehungen zu sozialdemokratischen Führern unterhalten; mit den Nationalsozialisten dagegen hatte es nur scharfe Kämpfe geführt“¹¹¹.

¹⁰⁹ *G. Bäumer*, Das politische Jahr 1933, in: *Die Hilfe* 39 (1933) 2 ff.

¹¹⁰ *Augsburger Postzeitung* Nr. 300 vom 31. Dezember 1932.

¹¹¹ *W. Gurian*, Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich, *Luzern* 1936, 89 f.

VI

In seinem im Juni 1933 in dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz „Nationale Revolution“ zitierte *Max Pribilla* die Frage, die *Martin Rade* am 8. April 1933 in der *Christlichen Welt* an den evangelischen Volksteil gerichtet hatte: „Was müssen wir in Politicis und Ecclesiasticis, in Staat und Kirche, gefehlt und versäumt haben, daß eine solche Reaktion über uns gekommen ist?“ *Pribilla* unternahm in der ersten Stunde der Herrschaft *Hitlers*, deren Zwielficht noch nicht die Tiefen der begonnenen Machtusurpation erkennen ließ, den Versuch, zu einem Verstehen — fast möchte man sagen: zur Bewältigung — des Jahres 1933 zu kommen; er hielt die deutschen Katholiken zu einer ernsten Gewissenserforschung über die eingetretene Entwicklung und zu einer tätigen Erinnerung an die immer und überall gegebene Aufgabe an, „die unveränderlichen, ewigen Wahrheiten ihres Glaubens in dem zeitbedingten Wechsel der irdischen Verhältnisse zur Wirkbarkeit zu bringen“. *Pribilla* untersuchte Möglichkeiten und Bedingungen der Mitarbeit an dem erwarteten und auch propagierten Neubau des Staates; er betonte, diese verdiene keineswegs den Tadel des Opportunismus, „wenn sie nicht auf feiger oder eigennütziger Liebedienerei gegen die herrschende Partei erfolgt, sondern aus Liebe und Treue zu dem Volke, in das wir hineingestellt und für dessen Wohl wir mitverantwortlich sind“. Er sagte darnach: „Freilich muß die kluge Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und das Angebot der Mitarbeit unter Formen geschehen, die mit der Selbstachtung vereinbar sind. Aufrechte Männer dürfen sich durch keine Macht der Welt zu Würdelosigkeit und Selbstpreisgabe zwingen lassen. Sie müssen bedenken, daß nur der verloren ist, der sich selbst verloren gibt, und daß verlorene Macht wiedergewonnen werden kann, verlorene Würde aber nicht. Würdelos aber wäre es, seine innere Überzeugung und seine Vergangenheit zu verleugnen und eine Bekehrung zu neuen Idealen zu heucheln. Das gilt namentlich für alle, die in einem tiefen religiösen Glauben eine geistige Heimat haben. Wer eine eigene Ideenwelt besitzt, braucht keiner fremden nachzujagen, und Wahrheit und Gerechtigkeit sind Leisterne, die auch dann noch hell leuchten, wenn es um uns dunkelt. Gerade in schwankender Zeit sind feste, aus dem Glauben stammende Grundsätze eine Stütze und ein Trost und eine Verheißung für die Zukunft; denn ‚wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich‘. Die deutschen Katholiken aber dürfen und sollen auch aus ihrer eigenen Vergangenheit den Mut schöpfen, mit erhobenem Haupt den Stürmen der neuen Zeit entgegenzugehen. Sie können sich auch heute das Wort gesagt sein lassen, das Leo XIII. in seiner Ansprache vom 27. Februar 1888 an deutsche Pilger richtete: ‚Die Zeiten sind schwer, aber die deutschen Katholiken sind an schwere Zeiten keineswegs ungewohnt.‘ Sie werden auch die Probe dieser Tage bestehen, wenn sie treu zu ihrem katholischen Glauben halten, die alte Mahnung zur Einigkeit beachten und sich unverdrossen an die Arbeit machen, um auf

dem Boden der gegebenen Tatsachen das Beste ihres Volkes zu fördern.“ Bedürfen diese Sätze der Kommentierung? *Pribilla* ergänzte sie durch nachdrückliche Hinweise auf die Bedeutung des Rechts für die staatliche Ordnung (— womit er eine unüberhörbare Warnung aussprach —) und auf die Gefahr der Ausschaltung der Pressefreiheit, warnte vor einer Isolierung Deutschlands und eröffnete die nach 27 Jahren wieder aufgenommene Kritik an der Haltung des deutschen Katholizismus vor 1933 und in den bereits zurückgelegten Monaten dieses Jahres; dabei versicherte er: „Es wäre ungerecht und undankbar, wollte man verkennen, daß in den unsäglichen Schwierigkeiten der letzten Jahre viele positive Kräfte des deutschen Katholizismus, Persönlichkeiten wie große Organisationen, zur Rettung unseres Volkes unermüdlich tätig waren. Wenn nicht mehr erreicht wurde, so lag das zum guten Teil an den Verhältnissen, nicht an den Menschen. Immerhin lassen sich Versäumnisse und Unzulänglichkeiten nicht leugnen.“ Im Anschluß daran beschäftigte sich *Pribilla* eingehend mit der Frage der innerkirchlichen Kritik, wozu er sagte: „Bei aller Anerkennung dieser Grundsätze herrscht doch durchgängig in katholischen Kreisen ein ängstliches, fast krankhaftes Bestreben vor, die Sorgen und Schäden des eigenen Lagers aus Furcht vor Beunruhigung zu vertuschen und jede freimütige Äußerung gleich zu ersticken. Die Neigung ist allzu stark, einen unbequemen Mahner mundtot zu machen oder in seinen Absichten zu verdächtigen. Man erweckt schon Argwohn, wenn man in die üblichen Lobeshymnen auf Menschen und Leistungen nicht einstimmt. Die leidige Folge ist, daß Mißstände oder strittige, schwierige Fragen zwar aus der öffentlichen Erörterung verschwinden, aber im verborgenen weiter schwären. Auch findet man sehr oft eine merkwürdige persönliche Überempfindlichkeit gegen jedes kritische Wort, die in auffallendem Widerspruch zu dem Geist christlicher Demut steht, die von allen Kanzeln gepredigt wird. Hier ist irgendwie eine gründliche Änderung notwendig; denn es ist kein erfreulicher Zustand, daß sich die Kritik erst dann mutig hervorwagt, wenn es zu spät ist und wieder eine Schlacht verloren wurde. Es müssen daher Mittel und Wege gesucht werden, um einer sachlichen, in geziemender Form vorgebrachten Kritik innerhalb der katholischen Kreise einen weiteren Spielraum und eine größere Wirksamkeit zu sichern.“ *Pribilla* schloß seine Betrachtung mit der begründeten Bitte um Vertrauen für die Jugend¹¹².

Pribillas erkennbare Absicht war, dem deutschen Katholizismus beim Finden neuer Standorte zu helfen, wobei er klar und deutlich jene Punkte heraushob, die durch den Nationalsozialismus besonders gefährdet waren. Auch andere Zeitschriften beschäftigten sich mit diesem Problem. *Die Hilfe* erklärte am 22. April: „Das künftige Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und politischem Katholizismus ist jedoch völlig im unklaren.“¹¹³ Im Juni versuchte *Ferdinand Muralt* unter dem Titel „Politischer Katholizis-

¹¹² *M. Pribilla*, Nationale Konzentration, in dieser Zschr. 124 (1933) 1 ff.

¹¹³ *Die Hilfe* 39 (1933) 220.

mus und politische Kultur in Deutschland“¹¹⁴ eine Bestandsaufnahme. Die Bemühungen darum dauerten beinahe das ganze Jahr 1933 über an, sie begleiteten die kurze Übergangsphase. Vom 30. Januar bis zum 5. März boten Zentrum und die katholischen Organisationen alle Kräfte auf, um einen Wahlurnensieg *Hitlers* zu verhindern; Bischöfe und Priester, Verbände und Presseorgane beschworen die Wähler. Zwischen den Reichstagswahlen und der Unterzeichnung des Reichskonkordats, vom 5. März bis zum 20. Juli, vollzog sich eine tiefgreifende Veränderung der Landschaft des öffentlichen Lebens in Deutschland, die Zentrum und Katholizismus nicht ausließ; die Stationen der diesbezüglichen Entwicklung sind bekannt: Billigung des Ermächtigungsgesetzes (23. März), Erklärung der deutschen Bischöfe (28. März), Beginn der Konkordatsgespräche (8. April), Wechsel im Zentrumsvorsitz (6. Mai), Gemeinsamer Hirtenbrief der deutschen Bischöfe (3. Juni), Selbstauflösung der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums (4. bzw. 5. Juli), Paraphierung (8. Juli) und Unterzeichnung (20. Juli) des Reichskonkordats. Die durch diese Ereignisse markierte Übergangsphase, deren Erforschung und Beschreibung zwar eingeleitet wurde, jedoch noch lange nicht abgeschlossen ist, brachte im deutschen Katholizismus Vorurteile, Bedenken und Meinungsverschiedenheiten in dem menschlich verständigen Bestreben an die Oberfläche, zu erklären, wodurch die eingetretene Situation ausgelöst und wodurch sie möglich wurde.

Ist es angesichts der skizzierten Ausgangsposition zulässig, generalisierend von einer Kollektivhaltung des deutschen Katholizismus zu sprechen? War dieser am Vorabend und im Verlauf des Kriegsjahres 1933 „eine auf religiös-weltanschaulicher Grundlage fest geeinte, in zahlreichen Berufs- und Standesorganisationen erfaßte, zu einheitlichem politischen Willen verbundene soziale Gruppe“¹¹⁵, — eine Einheit, ein Turm, eine geschlossene, politische, wirtschaftliche und geistige Gesellung des deutschen Volkes. Der Begriff des deutschen Katholizismus umfaßte viele Bereiche, Gruppen, Bewegungen, Strömungen und Tendenzen; er bezeichnet keine Marschkolonne gleichgeschalteter Personen, Organisationen und Einrichtungen. Der Einbruch des Nationalsozialismus traf seine Provinzen und Kreise in einer uneinheitlichen Verfassung, weshalb eine teilweise sehr unterschiedliche Reaktion nicht verwunderlich ist. Jeder Versuch, die gegebenen Differenzierungen zu überbrücken oder zurücktreten zu lassen, stellt eine Verzerrung des geschichtlichen Tatbestandes dar. Wenn überhaupt, ist eine Gesamtbeurteilung erst möglich, wenn alle Einrichtungen, Gesellschaften, Personen und Organe des katholischen Deutschlands nach ihrer Haltung im Frühjahr und Sommer 1933 abgefragt worden sind. Solange die zusammenfassende Darstellung nicht auf den entsprechenden Einzelermittlungen aufgebaut ist, solange ist sie problematisch.

¹¹⁴ F. Muralt, *Politischer Katholizismus und politische Kultur in Deutschland*, in: *Hochland* 30 (1932/33) 2, 233 ff.

¹¹⁵ *Böckenförde* a.a.O. 216. Vgl. Anm. 9 in dieser Zschr. 168 (1961) 3.

Der Hl. Stuhl ist zwar dem engeren Bereich des deutschen Katholizismus nicht zuzuzählen, kann dabei jedoch nicht ausgenommen werden, zumal ihn der Vorgang „Reichskonkordat“ unmittelbar mit der Machtergreifung konfrontierte. Auch die Einstellung des deutschen Episkopats, deren Skizzierung einem gesonderten Abschnitt vorbehalten werden soll, kann nicht kollektiv gewertet werden. Wie die im Frühjahr 1934 unter den deutschen Bischöfen auftretenden Spannungen deutlich machen¹¹⁶, waren diese in bezug auf die kirchliche Situation und auf die zu ergreifenden Maßnahmen 1933/34 nicht einmütiger Auffassung. Sachlich nicht zulässig ist der Versuch, in der Gesamtbeurteilung zwischen Episkopat und Kirchenvolk mit dem Ziel zu unterscheiden, das Kirchenvolk als politisch reif und weitsichtig, den Episkopat als opportunistisch und servil zu deklarieren. Der Klerus hat, wie auch kritische Beurteiler zugeben, eine abwartende und besonnene Haltung eingenommen. In den Organisationen und Verbänden wurde um eine einmütige Auffassung gerungen, ohne sie jedoch zu erreichen. Die allgemeine Unsicherheit beeinflusste die Haltung der einzelnen Organisationen und artikulierte ihre Verhaltensweise. Die Christlichen Gewerkschaften, die zwar keine integrierten Teile des Zentrums oder des deutschen Katholizismus waren, mit beiden jedoch in sehr wirksamen Beziehungen standen, wurden gewaltsam liquidiert. Die katholischen Korporationen nahmen eine Entwicklung, die sich aus der wirtschaftlichen Anfälligkeit, nationalen Sentiments und gewissen Unklarheiten erklärt; sie kann im Rahmen einer Betrachtung, die nur ein zeitgeschichtlicher *tour d'horizon* des katholischen Deutschlands sein will, nicht weiterverfolgt werden, verdient jedoch nach den dazu vorliegenden Hinweisen und Aufsätzen eine eingehende Beschreibung. Bei den meisten Einrichtungen, Verbänden und Einzelpersonen stand der Furcht, nicht abermals in ein Getto getrieben zu werden, die Sorge gegenüber, nicht vertretbare Zugeständnisse an die nationalsozialistische Weltanschauung machen zu müssen. Etliche Katholiken versuchten, den Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus entweder zu übergehen oder dialektisch aufzuheben. Auch die Autoren, Redner, Prediger und Briefschreiber, die im Nationalsozialismus bisher verborgene katholische Elemente entdeckten, können nicht kollektiv abgeurteilt werden. In jedem einzelnen Fall müssen persönliche Situation, der Anlaß der schriftlichen oder mündlichen Erklärung und das damit beabsichtigte Ziel ermittelt und berücksichtigt werden. Nur bei diesem Vorgehen besteht Gewähr dafür, zu einer gerechten Beurteilung der damaligen Vorstellungen, Überlegungen und Absichten zu kommen. Darauf haben sowohl die Besorgten als auch die sogenannten Idealisten Anspruch. Die Überläufer können übergangen werden; sie sind bei allen politischen und religiösen Einbrüchen und Richtungsänderungen anzutreffen, — warum sollten sie im deutschen Katholizismus des Jahres 1933

¹¹⁶ Vgl. meinen Aufsatz: Erzbischof Hauck in der kirchenpolitischen Entwicklung Deutschlands 1912—1943, in: Festschrift für Hans Ehard, hrsg. von H. Seidel, München o. J., 225 ff.

fehlen? Auch die psychogen bedingten Fälle bedürfen keiner eingehenden Erörterung. Wer z. B. den schriftlichen Nachlaß des Abtes *Albanus Schachleitner* durchgeht, ist erschüttert von der dort anzutreffenden geistigen Verworrenheit und inneren und äußeren Disziplinwidrigkeit. Die Besorgten dachten an sich, an den Katholizismus und — nicht selten — an beides. Sie wollten überleben, — in ihren Positionen und auch als Katholiken; sie fürchteten um Stellung und Verdienst. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen spielten dabei eine entscheidende Rolle; ein Beamter stand in der Regel vor einer anderen Situation als ein Landwirt. Nur in Ausnahmefällen wurde 1933 offen zugegeben, daß wirtschaftliche Erwägungen für intellektuelle Mitläuferschaft oder für den Eintritt in die Partei oder in eine ihrer Gliederungen bestimmend waren; meistens wurden dafür ideelle Gründe angeführt. Von den wirtschaftlichen Zwangssituationen zu trennen sind die persönlichen Motive, die aus Ehrgeiz und Ungeduld kommenden Antriebe, die immer und überall zu opportunistischem Konformismus führen. Schwer beurteilbar und verständlich ist für einen Laien die Reaktion etlicher Geistlicher im Jahr 1933, die weder durch ein Amt oder einen Auftrag noch durch wirtschaftliche Verhältnisse veranlaßt wurden, Ereignisse zu begrüßen oder gar theologisch zu deuten, deren Auswirkungen sehr früh besorgt stimmen mußten. Freilich, — das Recht auf politischen Irrtum ist keinem Stand vorenthalten. Ausführlich Gebrauch davon machten die sogenannten Idealisten, — Zeitgenossen, die in Erwartung einer inneren und äußeren Läuterung des Nationalsozialismus von diesem die Erfüllung aller berechtigten Wünsche des deutschen Volkes erhofften. Das von Bischof *Hudal* geprägte Wort vom „Vorschuß an Vertrauen“ an die nationalsozialistische Führung des Dritten Reiches¹¹⁷ nützte dessen Propaganda, nicht aber dem deutschen Katholizismus. So verständlich und erklärbar das Bestreben einzelner katholischer Persönlichkeiten, am vermeintlichen Neubau des Reiches, der nicht als Errichtung eines Parteistaates aufgefaßt wurde, beteiligt zu sein, war, — es wurde darüber Illusionen Raum gegeben, die damals Kopfschütteln auslösten und heute Verwunderung hervorrufen. Drei Gesichtspunkte sind dabei zu berücksichtigen. Der weitaus größere Teil des deutschen Katholizismus war stumm; nicht wenige seiner Repräsentanten wurden in Haft genommen, seine Mehrheit wartete, um Bischöfe und Priester geschart und durch die bewußte Pflege von Liturgie und Schrift getröstet, in Sorge die weitere Entwicklung ab. Beide, die Zeugen der ersten Stunde und die in Geduld Stummen empfanden Unbehagen und Enttäuschung über die publizistische Akklamationen für *Hitlers* werdenden Gewaltstaat; diese sind nicht erst seit 1960, sondern seit dem Zeitpunkt ihres Erscheinens bekannt. In seinem 1936 veröffentlichten Bericht „Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich“ sagte *Waldemar Gurian* von ihnen: „Damals schrieben auch Männer, die heute von ihren im Rausche der Begeisterung über das ‚Heilige Jahr der

¹¹⁷ *Gurian* a.a.O. 103f.

Kirche und des deutschen Volkes' abgefaßten Publikationen nur noch ungerne sprechen, Artikel und Broschüren, um die bis 1933 nicht gesehene Verbundenheit von Katholizismus und Nationalsozialismus zu erweisen. Diese Kreise, gemischt aus unbefriedigten Intellektuellen, höheren Beamten und auf die Suggestion einer pseudochristlichen Terminologie hereinfallenden Theologen, sammelten sich zumeist in der von Papen geführten Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher, die so gerne in der katholischen Kirche die Rolle der D.C. (= Deutsche Christen) gespielt hätte, aber bereits im Herbst 1934 aufgelöst wurde. Publikationen im Papensinn erschienen in der Schriftenreihe „Reich und Kirche“ (Aschendorff, Münster). Ihren Kurs vertrat die „Germania“ unter Emil Ritter. Neben diesen Papen-Katholiken gab es noch radikalere nationalsozialistische Katholikengruppchen. Von ihren Exponenten sei nur der Braunsberger Dogmatiker Eschweiler genannt, der 1932 noch gegen jede „Weltanschauung“, die den Staat notwendig als Instrument mißbrauchen müsse, geschrieben hatte, 1933 aber die nationalsozialistische Weltanschauung als die der Gnade offene natürlich deutsche Weltanschauung „erwies“, 1934 — übrigens gemeinsam mit seinem Braunsberger Kollegen, dem Kirchenrechtler Barion — wegen eines Gutachtens von Rom suspendiert wurde, in dem er die Vereinbarkeit des deutschen Sterilisationsgesetzes mit der die Sterilisation verwerfenden Enzyklika „Casti Connubi“ zu beweisen suchte, und 1935 sich der römischen Entscheidung unterwarf.“¹¹⁸

Dieser 1936 getroffenen Feststellung ist 25 Jahre später sachlich wenig hinzuzufügen; sie führt jedoch zu der Frage, ob die Haltung des deutschen Katholizismus im Jahr 1933 allein nach Artikeln, Aufsätzen, Broschüren und Predigten beurteilt werden kann. Darf bei deren Zitierung übersehen werden, daß durch die Verordnungen des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar das Recht der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit aufgehoben wurde und daß mit fortschreitender Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft nur noch die Stimmen zu Wort kamen, die ihre Kritik an den politischen Verhältnissen in Nebensätzen und zwischen den Zeilen unterbrachten? Verbote von Zeitungen und Zeitschriften waren für Verleger, Redakteure und Autoren deutliche Mahnungen. Die katholische Publizistik, wegen ihres Kampfes gegen *Hitler* und den Nationalsozialismus in hohem Maß verdächtigt, mußte dieser Tatsache Rechnung tragen. Sie wurde gegenüber politischen Fragen unsicher und bemühte sich, zu ihrer und ihrer Leser Erleichterung durch Herausstellen der katholischen Verbundenheit mit Volk und Staat der Deutschen Anschluß zu finden und gleichzeitig die anbrandende Welle erneuter ultramontaner Verdächtigung und Beschimpfung, die die Katholiken abermals mit dem Odium nationaler Unzuverlässigkeit bedachte, zu brechen. Bestrebungen, dem Nationalsozialismus durch Verweise auf gleichgerichtete

¹¹⁸ Gurian a. a. O. 96 f.

oder ähnliche Intentionen Wind aus den Segeln zu nehmen und damit der maßlosen Propaganda, die die nur mangelhaft entwickelte Urteilsfähigkeit des deutschen Volkes erschütterte, entgegenzuwirken, sind nicht nur im deutschen Katholizismus anzutreffen; sie lassen sich auch im Bereich liberaler und sozialdemokratischer Vorstellungen nachweisen. Der SPD-Vorsitzende *Otto Wels* eröffnete seine mit Recht gerühmte Rede zum Ermächtigungsgesetz mit der Versicherung: „Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben.“ Wenige Sätze später bemerkte *Wels*: „Der Herr Reichskanzler hat gestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: ‚Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft.‘ Dieser Satz gilt für die Außenpolitik; für die Innenpolitik gilt er nicht minder.“¹¹⁹ Wer wollte aus diesen Sätzen und aus der Zustimmung der anwesenden SPD-Fraktion zur außenpolitischen Erklärung Hitlers vom 17. Mai 1933¹²⁰ eine sozialdemokratische Koexistenz mit *Hitler* konstruieren? Die Erklärungen des Abgeordneten *Wels* bringen lediglich die unentwirrbare Verknötung zwischen nationalsozialistischen Parolen und der allgemeinen Zielsetzung deutscher Politik zum Ausdruck. Der Historiker *Walter Goetz* versicherte in einem sehr ernst gestimmten Nekrolog auf den sozialen und politischen Liberalismus am 22. April: „Es gibt noch jetzt den Weg zu wahrer Reform und zu wahrem Aufstieg, und freie Größe müßte ihn gehen“ und beteuerte: „Wir sind einverstanden, daß der Kommunismus niedergehalten wird (obwohl er damit noch nicht verschwindet), wir sind einverstanden, daß die Weimarer Verfassung verbessert, daß nach wirkungskräftigeren Formen der Demokratie gesucht wird, wir sind einverstanden, daß die Wege Stresemanns und Brünnings mit verstärkter Betonung unseres Rechts fortgesetzt werden, wir sind einverstanden, daß die Versuche zur Hebung der Wirtschaft und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit neuen Mitteln aufgenommen werden.“¹²¹ *Jochen Klepper* trug am 7. Juli, am Vorabend der Paraphierung des Reichskonkordats, in sein Tagebuch ein: „Alle europäischen und amerikanischen Konferenzen, die in diesen Wochen stattfanden, scheitern. Amerika und Japan stehen in striktester Spannung einander gegenüber. Die Welt ist wirklich wie krank. Politische Spannungen waren immer, solche Arbeitslosigkeit aber noch nie. Die Zeitungen in Deutschland müssen sämtlich Hymnen über den Aufbau bringen. Von Selbstmorden erscheinen nur noch ganz vereinzelte, ungefährliche Meldungen. Daß die Welt so krank ist — das muß man dem Nationalsozialismus in all seiner Vermessenheit zugute halten.“¹²² Beglei-

¹¹⁹ Stenogr. Berichte des Reichstags, Bd. 475, 33 ff.

¹²⁰ *Matthias* a.a.O. 180 ff.

¹²¹ *W. Goetz*, Im Sturm der Zeit, in: *Die Hilfe* 39 (1933) 217.

¹²² *Klepper* a.a.O. 85.

tet wurden diese Ansichten von der Überzeugung, daß sich Hitler nur kurze Zeit an der Regierung halten wird. Der SPD-Vorsitzende *Wels* versicherte auf der letzten Massenkundgebung seiner Partei in Berlin: „Gestrenge Herren regieren nicht lange.“¹²³ Diese Verweise wollen die katholischen Hurra-rufe des Jahres 1933 weder rechtfertigen noch in Schutz nehmen, — sie wollen die allgemeine Zeitlage bewußt machen, die zu erfassen offensichtlich Mühe macht.

Zwei miteinander verbundene Vorgänge beeinflussten die nach dem 30. Januar 1933 einsetzende innerdeutsche Entwicklung entscheidend, die Vorstellung von der Mäßigung *Hitlers* in der Regierungsverantwortung und die Überforderung des deutschen Volkes in dem Verlangen, die in *Hitlers* Drohungen eingeschlossene verbrecherische Politik zu erkennen. Die Hoffnung auf die Zügelung des Temperaments *Hitlers* brachte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, *Bülow*, am 6. Februar 1933 in einem Brief an den um die deutsch-sowjetischen Beziehungen besorgten Botschafter in Moskau, *von Dirksen*, zum Ausdruck, indem er diesem versicherte: „Die Nationalsozialisten in der Verantwortung sind natürlich andere Menschen und machen eine andere Politik als sie vorher verkündigt haben. Das ist immer so gewesen und bei allen Parteien dasselbe.“¹²⁴ Der Irrtum dieser Auffassung liegt für die Gegenwart auf der Hand, ist für das Frühjahr 1933 weder erweis- noch voll erkennbar. Die Maßnahmen des 28. Februar und die Entwicklung nach dem 5. März 1933 wurden nicht als alarmierende Anzeichen eines in seinen kriminellen Dimensionen unheimlichen Regimes, sondern als Begleiterscheinungen eines Systemwechsels nachsichtig, nach dem Motto: „Wo gehobelt wird, fallen Späne“, verstanden, und auf Reichspräsidenten, Reichswehr und die personelle Zusammensetzung der Reichsregierung verwiesen. Es bestand für die meisten Zeitgenossen kein Zweifel darüber, daß an diesen Pfeilern der inneren Sicherheit der Ansturm einer Einparteidiktatur zusammenbrechen werde; der bereits im Spätsommer 1932 diskutierte Gedanke einer Mäßigung und Ernüchterung *Hitlers* begünstigte die nachsichtige Beurteilung von an sich beunruhigenden Vorkommnissen.

Über die Gründe des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, ohne detaillierte und in bezug auf ihre Einhaltung abgesicherte Garantien dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, sagte *Ferdinand Murlalt* in seinem bereits erwähnten Aufsatz: „Für die Gesamthaltung des politischen Katholizismus in jenen Tagen dürfte denn auch nicht ein Motiv, sondern eine Reihe von Motiven den Ausschlag gegeben haben: der Wille, der Gefahr eines neuen ‚Kulturkampfes‘, der im Falle des Widerstandes des Zentrums drohen könnte, zu entgehen; das überwältigende Ausmaß des nationalsozialistischen

¹²³ Zitiert nach: *H. Rothfels*, Die deutsche Opposition gegen Hitler (*Fischer Bücherei* 198) 51.

¹²⁴ In englischer Übersetzung gedruckt: Documents on German Foreign Policy 1918—1945, *Series C, Volume I: The Third Reich: First Phase*. January 30 — October 19, 1933, 21f.; das Zitat ist einer Ablichtung des deutschen Originals entnommen.

Wahlsieges, das den Eindruck einer Volksbewegung erweckte; die Befürchtung anarchistischer Zustände bei einem Wiederaufflammen der Parteikämpfe usw. Es darf vielleicht auch der Umstand nicht unerwähnt bleiben, daß sowohl Kaas¹²⁵ als Brüning schon seit Jahr und Tag ein Wachstum des Nationalsozialismus vorausgesehen haben, falls keine sichtbare Milderung des Versailler Vertrages eintrete, wobei Brüning, wie Lloyd George unlängst erwähnte¹²⁶, dies auch dem Ausland gegenüber betont hat.“ Muralt schloß seine Betrachtung, in der sich viele damaligen Vorstellungen und Erwartungen niedergeschlagen haben, mit einem zuversichtlichen Ausblick: „Übrigens darf vielleicht die Kanzlerrede Hitlers selbst vom 17. Mai als eine Annäherung, wenigstens um einen Schritt, zum politischen Katholizismus erblickt werden, dessen große historische Linie, wie wir im Obigen dargetan zu haben hoffen, durch die Überzeugung charakterisiert werden kann, daß aus der Zentralstellung Deutschlands in Europa nicht die Notwendigkeit folgt, dieses Deutschland zu einer isolierten Festung auszubauen, sondern im Gegenteil die Notwendigkeit, eine lebendige Gemeinschaft mit den anderen Nationen aufrecht zu erhalten.“¹²⁷

Auch auf die Gefahr hin, von Uneinsichtigen und aus irgendeinem Grund Übelwollenden billiger Rechtfertigungsversuche geziehen zu werden, ist die Feststellung notwendig, daß in dem Bereich, der als „deutscher Katholizismus“ angesprochen wird, im Frühjahr und Sommer 1933 nicht nur Akklamationen festzustellen sind. Der unvergessene Leitartikel der *Jungen Front*: „Schreie Wahrheit“ übte scharfe Kritik nicht nur an dem restaurativen Charakter der Ereignisse, sondern auch an der Einfalt der demokratischen Politiker: „Als man im Februar 1919 in der Weimarer Nationalversammlung über das Gesetz zur Bildung einer vorläufigen Reichswehr debattierte, begrüßte ein deutschnationaler Abgeordneter die alten Berliner Schutzleute, die von der Revolution abgesetzt worden waren und dann, wie man sagt, unter Noskes Hilfe wieder in Weimar erschienen, mit dem mehr als bezeichnenden Wort: ‚So kommt hoffentlich eines nach dem anderen wieder!‘ Es ist alles eins nach dem anderen wiedergekommen. Und wer rückblickend einmal die Geschichte des Zusammenbruchs der Revolution von 1918 verfolgt, auf der sich dann die Revolution vom Januar 1933 aufbaute, der wird mit Erstaunen feststellen, mit welcher Leichtgläubigkeit die führenden Männer der Demokratie sich immer wieder von ihren erbittertsten Gegnern übers Ohr hauen ließen.“¹²⁸ „Der ‚Katholische Akademikerverband‘ hat“, schrieb *Die Hilfe* am 6. Mai 1933, „an Ostern einen Aufruf an seine Mitglieder gerichtet, der, wie uns scheinen will, nicht nur für diese gilt; in dieser Botschaft hieß es: ‚Dringt ein in die unergründlichen Schätze unseres Glau-

¹²⁵ Anmerkung der Vorlage: „Vgl. sein Vorwort zu W. Hagemanns ‚Deutschland am Scheideweg. Gedanken zur Außenpolitik‘, Herder, Freiburg 1931. VI, VII; ferner seinen Aufsatz ‚Deutsche Außenpolitik‘ in dem Sammelwerk ‚Krisis‘, 1932.“

¹²⁶ Anmerkung der Vorlage: „Vgl. ‚Vossische Zeitung‘ vom 14. Mai 1933.“

¹²⁷ Muralt a. a. O. 232 ff.

¹²⁸ Zitiert nach: Manifeste der Jugend. *Altenburger Dokumente*, Heft 3, 87.

bens: Nur in ihnen liegen die Aufbaukräfte für Staat und Nation. Bietet diese Kräfte mutig und bewußt den deutschen Menschen im neuen deutschen Raum an. Ohne sie bleibt dieser Raum arm und unvollendet. Tretet für die Lehre der Kirche ein, nach der jedem Volke die Pflege seiner ihm besonders eigentümlichen sittlichen und geistigen Anlagen im Ganzen der Völkergemeinschaft als eine hohe nationale Pflicht obliegt, und daß diese Pflicht ihre höchste Kraft, Würde und Weihe erst aus der übernatürlichen Gemeinschaft des Reiches Christi erhält.“¹²⁹ *Gustav Gundlach* schloß seine Warnung vor Mißdeutungen der berufsständischen Gedanken mit einem bemerkenswerten Ausblick, der Hoffnung und Mahnung umschloß: „Möge bald wieder der einheitliche politische Wille der deutschen Katholiken den Ort und die Möglichkeit des Einsatzes finden; denn es gibt in der Tat über das enge kirchenpolitische Denken hinaus eine in umfassenderem Sinne katholische Politik auf deutschem Boden.“¹³⁰ *Konrad Weiß* wandte sich im September 1933 gegen die Verurteilung der „Zusammenarbeit zwischen Katholizismus und Sozialismus zum Zwecke praktischer Lebens- und Staatsunterhaltung“ und bemerkte: „Man liest heute nicht ohne Mißbehagen neue katholische Wendungen, die sich als eilige Absagen an die unmittelbare Vergangenheit der katholischen Politik in Deutschland darstellen, womit (bei aller notwendigen Abneigung gegen Einzelträger der Nachkriegsentwicklung) die älteren Gewissensfragen gar zu schnell entwertet werden und eine Wendigkeit zu reibungslosem Anschluß an das neue völkische Wesen gezeigt wird, die nichts Sinnhaftes mitbringt.“¹³¹ In seiner Studie „Die Reichsidee im Wandel der Zeiten“ entzog *Heinrich Günter*, behutsam zwar aber unmißverständlich, allen Versuchen den Boden, das Heilige Römische Reich deutscher Nation als Leit- und Zielbild des Parteistaats Hitlers zu beanspruchen und auszugeben, indem er zu bedenken gab: „Das ‚Reich‘ ist metaphysisch unterbaut; darin hat die Ideologie recht. Aber seine Geschichte ließ sich so hart an, blieb so erdgebunden, im Zwange der spezifisch mittelalterlichen Verhältnisse, daß es Geschichte bleiben wird.“¹³²

Diese Zeugnisse lassen sich vermehren, — freilich nicht beliebig, denn seit dem 28. Februar, seit dem Erlaß der bereits erwähnten Verordnungen des Reichspräsidenten, bestand in Deutschland ein Ausnahmezustand. Diese bedeuten, wie *Karl Dietrich Bracher* in seiner großangelegten Studie „Die nationalsozialistische Machtergreifung“ betont, „das grundlegende Ausnahmegesetz, auf das sich die nationalsozialistische Diktatur bis zu ihrem Zusammenbruch in erster Linie stützte. Ihnen muß die erste Beachtung zuteil werden, nicht dem berühmten Ermächtigungsgesetz drei Wochen spä-

¹²⁹ Politische Umschau, in: *Die Hilfe* 39 (1933) 139 f.

¹³⁰ *G. Gundlach*, Fragen um die berufsständische Ordnung, in dieser Zschr. 125 (1933) 217 ff.

¹³¹ *K. Weiß*, Die politische Spannung von Inbegriff und Geschichte, in: *Die Schildgenossen* 13 (1933/34) 38 ff.

¹³² *H. Günter*, Die Reichsidee im Wandel der Zeiten, in: *Historisches Jahrbuch* 53 (1933) 409 ff.

ter, das so gerne zitiert wird, wenn man den Parteien der Mitte die Hauptlast der Verantwortung zuschieben will, und das doch ganz wesentlich Folge und Ausdruck der am 28. Februar unter Mitwirkung Hindenburgs und seiner konservativen Berater verfügten Verfassungsdurchbrechung war.“ Im weiteren Verlauf seiner verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Untersuchungen trifft *Bracher* Feststellungen, deren Beachtung zum Verständnis der deutschen Situation im Jahr 1933 unerlässlich ist: „Es waren diese ‚Reichstagsbrandverordnungen‘ und nicht erst das vielbeschworene Ermächtigungsgesetz Wochen später, die die Verfassung durch den permanenten Ausnahmezustand ersetzt und den großen Rahmen für Gleichschaltung und Dauerterror geschaffen und ‚legalisiert‘ haben. Durchaus zutreffend konnte damals ein nationalsozialistischer Verfassungsrechtler in seiner Hitler gewidmeten Dissertation kommentieren: ‚Die Überwindung des Staates von Weimar mit seinen eigenen Mitteln gelang hauptsächlich mit Hilfe dieser rechtlichen Handhabe‘; auch der instrumentale Charakter der Manipulation ist damit unmißverständlich gekennzeichnet. Aus den Verordnungen vom 28. Februar 1933 hat Hitler die Machtbefugnisse gewonnen, mit deren Hilfe er seine Gegner auszuschalten, die Partner zu überspielen und die totale Alleinherrschaft zu besiegeln vermochte. Denn sie erlauben der Polizei ohne richterliche Kontrolle jeden Eingriff, und diese Polizei war in den Händen Fricks und Görings, also Hitlers. Die Notverordnungen bezeichnen deshalb einen entscheidenden Einschnitt. Ihre Pseudolegalität, die viele Zeitgenossen getäuscht und verführt hat, ist eine Frucht jener Pseudokontinuität, mit der sich das neue Regime in opportunistischer Widersprüchlichkeit von der Weimarer Republik zugleich revolutionär distanziert und scheinlegal abgeleitet hat.“¹³³

Es fällt auf (— und stimmt nachdenklich —), daß die eingangs erwähnten Veröffentlichungen, deren Zitierreifer bemerkenswert ist, diesen Vorgang, die Aufhebung der Grundrechte, unerwähnt lassen und keine Versuche unternehmen, um die dadurch eingeleitete Entwicklung, die den Zwang zur Tarnung einschloß (— vor allem wenn äußere oder innere Emigration ausschied —), ausreichend zu charakterisieren. Wenn „nach den inneren Gründen der ‚Anfälligkeit‘ des deutschen Katholizismus für das NS-Regime im Jahre 1933“¹³⁴ gefragt wird, darf der historische Tatbestand nicht simplifiziert werden; dieser wird nur dann situationsgerecht beurteilt und beschrieben, wenn *alle* Stationen der legalen oder pseudolegalen Gewinnung der Macht nicht nur registriert, sondern auch in ihrer Bedeutung und Wirkung untersucht werden und wenn die „Veränderbarkeit des Menschen“ beim Einbruch einer Diktatur und unter dieser analysiert wird. In der zeitgeschichtlichen Forschung sind bisher nur Ansätze für Methoden entwickelt worden, mittels derer Lebensgefühl und Verhaltensweise des Teiles eines Volkes er-

¹³³ K. D. Bracher, *W. Schulz* und *G. Schulz*, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln 1960, 83 ff.

¹³⁴ Böckenförde a.a.O. 232.

mittelt werden können, der zu dem in den Besitz der Macht gelangten totalitären Regime in Opposition steht¹³⁵. Die dringliche Notwendigkeit dazu besteht im Hinblick auf die deutsche Situation des Jahres 1933 und auch auf die Lage der Völker, die am Ende des Zweiten Weltkrieges einer gewaltsamen Sowjetisierung unterworfen wurden.

Mit der Verfassungsmanipulation vom 28. Februar begann, wie es *Friedrich Meinecke* formuliert, der „terroristische Gewissensdruck, der in unzähligen Kanälen an das Leben jedes einzelnen im Volke anflutete oder leise und unaufhaltsam heranschlich“¹³⁶. Er legte sich auch auf Zentrum/Bayerische Volkspartei und auf den deutschen Katholizismus. Daß angesichts der eingetretenen Situation Zentrum und Bayerische Volkspartei nicht resignierten, sondern um ihre Einstellung zum Ermächtigungsgesetz rangen, verdient heute und immer Achtung. *Brüning* stellte in dieser ausweglosen Lage die Einheit der Zentrumsfraktion über die bohrenden Zweifel seines Gewissens. Die durch Gesetz vom 24. März geschaffene neue Kompetenzordnung setzte sich, wie das Urteil des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 1957 ausdrücklich bemerkt, durch, und zwar nach innen und außen¹³⁷. Die Hoffnungen auf den Reichspräsidenten, auf die Reichswehr und auf die nichtnationalsozialistischen Mitglieder der Reichsregierung, auf die Dämme gegen die Flut des totalitären Parteistaates, erwiesen sich als Illusionen. *Brüning*, seit dem 6. Mai Vorsitzender des Zentrums, suchte am Abend des 22. Juni die amerikanische Botschaft in Berlin auf und „gab seiner großen Sorge Ausdruck über die ‚kürzlichen Ereignisse und besonders über die apathische Haltung Hindenburgs und seiner unmittelbaren Umgebung‘. Der Präsident habe gegen die zahllosen Gewalttaten ‚nicht das geringste‘ unternommen, und es sei zu befürchten, daß die gesetzlosen Elemente in der Naziapartei ‚auf die Dauer über Hitler die Oberhand gewinnen würden‘.“¹³⁸

Im Eintritt einer Krise, die mit dem Kulturkampf verglichen wurde, die aber — was zu befürchten ausreichend Grund bestand — die Möglichkeiten einschloß, „Kulturkampf“ und „Säkularisation“, personelle Verfolgung und institutionelle Zerstörung, zu sein, wurde der deutsche Katholizismus, der nicht nur räumlich verstreute Bereich der Katholiken Deutschlands, gezwungen, seine bisherigen, seit 1815 auf- und ausgebauten Positionen, in denen er sich zunächst gesammelt und auf sich besonnen und später behauptet und aus denen heraus er sich zur Begegnung mit dem Leben der Nation aufgemacht hatte, aufzugeben und sich dem Ansturm eines totalitären Parteiregimes zu stellen. In der Zeitspanne des Suchens nach neuen Standorten sind Deklamationen der Unsicherheit und Unklarheit ebenso

¹³⁵ Beispielhaft *H. Rothfels*, Die deutsche Opposition gegen Hitler (*Fischer Bücher* 198).

¹³⁶ *F. Meinecke*, Die deutsche Katastrophe, *Wiesbaden* 1946, 125.

¹³⁷ Der Konkordatsprozeß, *IV. Teilbd.*, München 1959, 1685f.

¹³⁸ *Tansill a.a.O.* 67.

verständlich wie das Bestreben des Hl. Stuhles, den deutschen Katholiken den ihm möglichen Schutz angedeihen zu lassen, weshalb er sich auf Verhandlungen einließ, die zum Abschluß des Reichskonkordats führten, den zu verstehen auch nach den umfangreichen Ermittlungen und Erwägungen des Konkordatsprozesses noch immer Schwierigkeiten zu bereiten scheint.

(Ein abschließender Beitrag wird folgen.)

Bergson und unser Jahrhundert

YVONNE PELLÉ-DOUËL

Bergson hat am Ende des 19. Jahrhunderts die Gegenbewegung gegen den herrschenden Positivismus, den Mechanismus und Rationalismus des naturwissenschaftlichen Denkens ins Leben gerufen und ihr Bewußtsein und Stimme verliehen. Er stieß die Tore zur philosophischen, besonders zur metaphysischen Betrachtungsweise wieder auf, er befreite die Kräfte des Geistes und des Lebens; er bannte den Mechanismus, der nach und nach den schöpferischen Elan zu ersticken drohte, nicht nur in der Philosophie, sondern auch in der Kunst, der Literatur, im ethischen und religiösen Leben, ja selbst im politischen Denken. Bergson und kein anderer, so schreibt Péguy in „Note Conjointe“, habe uns von jener Metaphysik der modernen Welt befreit, die sich als Physik ausgibt.

Diese Grundströmung in Bergsons Philosophie hat die Entwicklung unseres Jahrhunderts sicher stärker bestimmt als manche Einzelheiten seiner Lehre. Bergson hat dieser neuen Geisteshaltung entscheidende Anstöße gegeben, und er war einer ihrer vorzüglichsten Sprecher. So kommt ihm entscheidende Bedeutung zu, wenn man ein treffendes Gesamtbild der außergewöhnlichen und stürmischen Geistesrevolution gewinnen will, die den Beginn unseres Jahrhunderts kennzeichnet. „Eine große Philosophie ist nicht eine, die endgültige Urteile verkündigt, die Entscheidungen trifft, sondern eine, die eine Unruhe einführt, die eine Erschütterung einleitet.“¹

Als Bergson seinen Weg begann, der ihn vom „Essai sur les Données Immédiates de la Conscience“ (1889) bis zu den „Deux Sources de la Morale et de la Religion“ (1932) führte, herrschte an der Universität ausschließlich eine Philosophie, die ganz aus Kant und dem Positivismus hervorgegangen war. Von Kant hatten die Philosophen gelernt, den metaphysischen Spekulationen zu mißtrauen, mit Comte und der Schule Cousins verwarfen sie

¹ Note sur M. Bergson et la philosophie bergsonienne, deutsche Übersetzung von Friedhelm Kemp, *Nota conjuncta*, Verlag Herold, München-Wien 1956, 39.